

Sparprogramme sichern das soziale Gefüge

Eine Umfrage über die Einstellung der Bundesbürger zu sozialpolitischen Maßnahmen

Die Regierung Helmut Kohl hat unmittelbar nach ihrer Amtsübernahme im Oktober 1982 ein Dringlichkeitsprogramm vorgelegt, dessen Ziele unter anderem die Sanierung der öffentlichen Finanzen und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit waren. Einige Monate nach der Vorlage dieses Programms hat Infratest-Sozialforschung im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums die Einstellung der Bundesbürger zu sozialpolitischen Maßnahmen untersucht. Zwischen dem 27. Dezember 1982 und dem 5. Februar 1983 wurden dazu mehr als 4000 Deutsche im Alter von über 18 Jahren befragt. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse zeigen, daß die Politik der Bundesregierung auf breite Unterstützung in der Bevölkerung trifft. „Die Einstellung der Bundesbürger zu notwendigen politischen Maßnahmen zur Absicherung des Systems der sozialen Sicherheit“ ist durch eine erheblich gestiegene Einsparungsbereitschaft und das Akzeptieren von neuen Konzepten zur Entlastung unserer Sozialversicherungen gekennzeichnet.

Leistungseinschränkungen des Staates

- a) Die eigene Lage wird überwiegend gut beurteilt.
75 Prozent der befragten abhängig Erwerbstätigen betrachten ihre eigene Wirtschaftslage als gut bis sehr gut. Dies bedeutet einen leichten Anstieg gegenüber dem Ergebnis von ähnlichen Befragungen im vergangenen Jahr.

b) Fast alle meinen, jede Regierung müßte jetzt sparen.

86 Prozent der befragten abhängig Beschäftigten stimmen der Aussage zu, daß „jede verantwortungsvolle Regierung den Anstieg der Sozialleistungen begrenzen muß“. 62 Prozent der Befragten sind der Überzeugung, daß die soziale Sicherung auch weiterhin gewährleistet werden kann, „wenn alle weniger Ansprüche stellen“. Und immer noch mehr als die Hälfte (53 Prozent) stimmt der Aussage zu, daß wir uns in Zukunft darauf beschränken müssen, soziale Leistungen nur noch an die wirklich Bedürftigen zu geben.

c) Auch über die Bereiche, in denen der Staat sparen soll, bestehen eindeutige Vorstellungen.

Auf keinen Fall einschränken soll nach Meinung von etwa zwei Dritteln der Staat die Ausgaben für innere Sicherheit (65 Prozent). Diese Prozentwerte sind etwa gleich hoch wie die Ergebnisse einer ähnlichen Umfrage, die Ende 1978 durchgeführt wurde. Nur noch 48 Prozent (1978: 76 Prozent) glauben dagegen, daß der Staat Sozialinvestitionen auf keinen Fall einschränken dürfte; nur noch 44 Prozent (73 Prozent) denken dies von den Sozialleistungen. Die Beamtenbesoldung halten 13 Prozent (1978: 20 Prozent) für unantastbar.

Sehr kleine Minderheiten (15 Prozent bzw. 14 Prozent) halten es für akzeptabel, die soziale Sicherung durch verstärkte Kreditaufnahme des Staates bzw. durch höhere Steuern zu finanzieren.

Bei den Sozialausgaben selbst steht die Alterssicherung besonders hoch im Kurs. 66 Prozent bzw. 62 Prozent halten die Aufwendungen für Altenheime bzw. die Zuschüsse zur Rentenversicherung für unverzichtbar. Etwa die Hälfte sagen dies von den Zuschüssen zur Arbeitslosenunterstützung (44 Prozent), dem Krankenhauswesen (48 Prozent) und den Kindergärten (53 Prozent). Für 28 Prozent gegenüber 40 Prozent im Jahre 1978 darf am Wohngeld nicht gekürzt werden, für 38 Prozent (gegenüber ebenfalls 40 Prozent in 1978) nicht an der 7b-Förderung des Eigenheimbaus. Sehr an Ansehen verloren hat das BA-FÖG, das 1978 noch 38 Prozent auf keinen Fall einschränken wollten, 1983 dagegen nur noch 20 Prozent.

Arbeitsmarkt und Arbeitszeitpolitik

a) Die Massenarbeitslosigkeit stellt das gravierendste Problem in unserem Lande dar.

82 Prozent hielten zum Jahresbeginn 1983 den Abbau der Arbeitslosigkeit für das wichtigste wirtschaftspolitische Ziel. Vor 2 Jahren waren es erst 64 Pro-

zent gewesen. Nur 14 Prozent halten die Preisstabilität für dringlicher, sogar nur 3 Prozent die weitere Steigerung von Lebensstandard und Einkommen der Bevölkerung.

9 Prozent der befragten Arbeitnehmer waren selbst als arbeitslos gemeldet, aber weitere 37 Prozent machten sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Zudem wäre fast jeder fünfte Nichterwerbstätige, der auch nicht als arbeitslos gemeldet ist, gerne berufstätig, wenn sich eine geeignete Stelle für ihn fände.

b) Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden mehr Flexibilität im Arbeitsleben und bessere Investitionsbedingungen gewünscht.

Von den Bürgern wird die Eignung verschiedener Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehr unterschiedlich beurteilt. Besonders positiv wird die Möglichkeit eines früheren Eintritts in den Ruhestand betrachtet: 67 Prozent werten diese Maßnahme positiv, nur 12 Prozent negativ.

Begrüßt werden auch mehr Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit und steuerliche Anreize für Unternehmen, damit diese mehr investieren (jeweils 48 Prozent dafür, 24 Prozent dagegen).

Die gewerkschaftlichen Vorschläge finden jedoch keinen großen Zuspruch. Nur 38 Prozent befürworten eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit durch Einführung der 35-Stunden-Woche. Für höhere Lohn- und Gehaltssteigerungen, „damit die Leute mehr kaufen können“, sprechen sich nur 13 Prozent aus, während diese Maßnahme 65 Prozent für unwirksam halten. Überhaupt werfen 64 Prozent den Gewerkschaften vor, sie würden nicht alles Notwendige und Mögliche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unternehmen; sie werden damit mehr kritisiert als die Bundesregierung.

c) Eine große Zahl von Arbeitnehmern ist bereit, früher in Rente zu gehen oder ihren Arbeitsplatz teilen zu lassen.

95 Prozent der beschäftigten Arbeiter und Angestellten würden grundsätzlich eine Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre begrüßen. Dies wäre natürlich mit Kosten verbunden. Würde man den Rentnern die Kosten in Form eines Abschlags von 7 Prozent pro Jahr ihres vorverlegten Rentenbezugs auferlegen, so würden dies immerhin noch 48 Prozent begrüßen. Bedenkt man nun, daß die Einführung des vorgezogenen Ruhestandes sowieso nur als freiwilliges Angebot gedacht ist, so heißt das, daß jeder zweite Arbeitnehmer an einem solchen Angebot mit versicherungsmathematischen Abschlägen interessiert wäre.

Das Modell der Tariffrente, bei dem die Kosten für den vorzeitigen Ruhestand zum Teil von den Arbeitsämtern, zum Teil von den übrigen Arbeitnehmern durch Lohnverzicht aufgebracht werden müßten, wird von 59 Prozent befürwortet und von 40 Prozent der abhängig Erwerbstätigen abgelehnt. Eine große Zahl von Arbeitnehmern wäre also bereit, zur Verwirklichung der Tariffrente auf Teile ihrer Lohnerhöhungen zu verzichten.

47 Prozent der Vollzeitbeschäftigten halten den eigenen Arbeitsplatz für prinzipiell teilbar; die Hälfte davon meint, daß dies problemlos möglich wäre. Mehr als jeder fünfte von denen, die ihren Arbeitsplatz für teilbar halten, wäre auch persönlich an einer Arbeitsplatzteilung interessiert. Knapp zwei Drittel von diesen Arbeitnehmern sind Frauen. Besonders junge Menschen würden gern wesentlich weniger arbeiten, denn etwas mehr als die Hälfte der daran Interessierten ist noch keine 30 Jahre alt.

Auf Ablehnung stößt dagegen auch hier wieder die Einführung einer 35-Stunden-Woche. Diese Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Verringerung der Löhne und Gehälter wird von 60 Prozent der abhängig Erwerbstätigen abgelehnt.

Alterssicherung

a) Die Bundesbürger sind fast alle der Meinung (zu 92 Prozent), daß es den Rentnern einigermaßen gut geht.

Allerdings glauben nur 48 Prozent, daß sich die Lage der Rentner in den kommenden Jahren verbessern oder auf dem gleichen Stand bleiben wird; die andere Hälfte der Bundesbürger (51 Prozent) befürchten eine Verschlechterung.

Die einzelnen Altersversorgungssysteme werden sehr unterschiedlich eingeschätzt. 75 Prozent sind der Meinung, daß die Beamten die beste Altersversorgung haben, 72 Prozent, daß die Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft über die schlechteste Altersversorgung verfügen.

b) Die „Überversorgung“ wird abgelehnt.

Infolge des Zusammentreffens einer Rente mit Zusatzversicherungen kommt es vor, daß Rentner netto mehr Geld erhalten als wie zuvor als Arbeitnehmer. Diese Überversorgung sollte nach Ansicht von 61 Prozent der Befragten nicht zulässig sein. Auffallend dabei ist, daß sie in besonders hohem Maße von den Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes (mit 63 Prozent) und den Beamten (mit 72 Prozent) abgelehnt wird, obwohl diese Gruppen im Durchschnitt über die beste Altersversorgung verfügen.

c) Eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge wird abgelehnt.

Den Umfrageteilnehmern wurden fünf Maßnahmen vorgeschlagen, die zur Sicherung der Rentenfinanzen dienen können. Mehrheitlich abgelehnt wurde nur eine davon: 23 Prozent sprachen sich für, aber 40 Prozent gegen die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge aus. Dagegen stießen

- die Einführung von Beitragszahlungen der Beamten für ihre Altersversorgung (68 Prozent zu 15 Prozent),
- eine stärkere Besteuerung der höheren Renten (61 Prozent zu 20 Prozent),
- ein langsames Ansteigen der Renten als bisher (51 Prozent zu 21 Prozent),
- eine Verminderung der Beamtenpensionen (50 Prozent zu 24 Prozent) auf deutliche Zustimmung. Sogar bei den eigentlich Betroffenen, den über 60jährigen, wurde ein verlangsamter Rentenanstieg nur von 27 Prozent abgelehnt.

Gesundheitswesen

a) Die Anbieter von Gesundheitsleistungen sind für die hohen Kosten verantwortlich.

Das ist das Ergebnis der Frage nach den Gründen für die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Fast drei Viertel der Befragten (71 Prozent) erklärten zu der Aussage, daß die Ärzte und Zahnärzte für ihre Leistungen zu hohe Honorare nehmen: „Trifft voll zu“. Für 64 Prozent macht die Pharmaindustrie zu große Gewinne und für 62 Prozent wird der Patient zu wenig über die Behandlungskosten informiert.

Andere Ursachen wurden weit seltener genannt. So lagen die Kostensteigerungen nur für 31 Prozent in unwirksamen Arzneimitteln, für 24 Prozent in zu hohen Ansprüchen der Patienten, für 23 Prozent in zu großzügiger technischer Ausstattung der Krankenhäuser und für 13 Prozent in zu langer Verweildauer der Patienten im Krankenhaus begründet.

b) Die Patienten möchten besser informiert werden und seltener ins Krankenhaus.

Drei Viertel der Befragten halten den Vorschlag, daß die Patienten grundsätzlich über die Kosten informiert werden, die der Arzt bei einer Behandlung berechnet, für gut; nur 7 Prozent bezeichneten ihn als schlecht. Es besteht also

der dringende Wunsch nach mehr Transparenz bei den durch ärztliche Behandlung entstehenden Kosten.

Vor die Wahl gestellt, Leistungskürzungen in Kauf zu nehmen oder höhere Beiträge zur Krankenversicherung zu zahlen, entschieden sich 58 Prozent für die Reduzierung von Leistungen. Auch hier zeigt sich, daß die Bürger eher bereit sind, von bisher gewohnten Ansprüchen abzurücken, als noch höhere Beiträge zahlen zu müssen.

Die Patienten sind aber auch bereit, selbst Beiträge zur Kostendämpfung zu leisten. Falls es die Möglichkeit gibt, eine Erkrankung anstatt wie heute üblich im Krankenhaus auch zu Hause behandeln zu lassen, würden sich 73 Prozent für die häusliche Behandlung entscheiden. Dadurch könnten die Kosten für viele Krankenhausaufenthalte eingespart werden.

Fazit

Nach wie vor beurteilen die meisten Menschen ihre wirtschaftliche Lage positiv. Fast alle wissen, daß die Finanzkraft des Staates und der Sozialversicherungen aber beschränkt ist. Große Teile der Bevölkerung scheinen eher bereit zu sein, auf gewohnte Ansprüche zu verzichten und Einschränkungen bei Versicherungsleistungen hinzunehmen, als noch höhere Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen zu müssen. Kürzungen im Sozialsystem werden in wesentlich stärkerem Maße als früher für vertretbar gehalten, um die sozialen Leistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren zu können.

Insbesondere die Sicherung der Rentenfinanzen ist ein dringliches Problem, zu dem alle Gruppen der Bevölkerung beitragen müssen. Eine große Mehrheit ist der Meinung, daß sowohl die Renten langsamer steigen als auch die Privilegien in der Altersversorgung des öffentlichen Dienstes abgebaut werden sollen.

Für die hohen Kosten im Gesundheitswesen werden vor allem Ärzte und Pharmaindustrie verantwortlich gemacht; die Patienten wünschen mehr Einblick in die Abrechnungen.

Im Vordergrund aber steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Viele Arbeitnehmer sind bereit, ihren Arbeitsplatz teilen zu lassen oder frühzeitig in Rente zu gehen, auch wenn dies für sie finanzielle Einbußen mit sich bringt. Dagegen wird eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit abgelehnt. Alle verantwortlichen Institutionen und Verbände haben nach Meinung der Bevölkerung bisher zu wenig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unternommen.

Forum „Jugendarbeitslosigkeit“

Entwurf einer Beschlußvorlage für den 31. Bundesparteitag der CDU am 25./26. Mai 1983 in Köln,
verabschiedet vom Bundesvorstand am 25. April 1983 in Bonn

1. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die vordringlichste politische Aufgabe der Gegenwart. Millionen-Arbeitslosigkeit bedeutet eine schwere wirtschafts- und finanzpolitische Belastung. Für jeden Betroffenen ist der Verlust eines Arbeitsplatzes ein schweres Schicksal.

Arbeitslosigkeit trifft junge Menschen besonders schwer. Von vornherein keine Arbeit oder keinen Ausbildungsplatz zu finden: Das kann für ein ganzes Leben mutlos machen.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird nur bewältigt werden können, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer gemeinsamen Anstrengung bereit sind.

2. Der Bundesparteitag beauftragt die Zukunftskommission Jugend, die Diskussionen des Parteitages zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit auszuwerten und konkrete Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Das Arbeitsergebnis soll den Gliederungen der Partei zur Diskussion vorgelegt und vom Bundesausschuß beschlossen werden.

3. Die CDU ist davon überzeugt, daß eine konsequente Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs unerlässlich ist, um die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Investitionen und Innovationen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Die schon nach kurzer Regierungstätigkeit der Unionsparteien sichtbar gewordenen Erfolge bestärken uns darin, an dem eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs festzuhalten. Kern dieser Politik ist die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen. Nach Jahren einer stetig wachsenden Staatsquote und einer immer höheren Staatsverschuldung setzen wir auf Eigenverantwortung, Wettbewerb, Flexibilität, technologischen Fortschritt und Sparsamkeit. Vorrang in der Wirtschaftspolitik muß die Förderung der Leistungsbereitschaft aller Bürger und der Investitionsfähigkeit aller Unternehmen haben. Eine funktionierende Wirtschaft wird die Tatkraft gerade der jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland dringend brauchen.

Außer der Politik für den wirtschaftlichen Aufschwung müssen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muß z. B. folgende Fragen beantworten:

- Wie können Bildungs- und Beschäftigungssystem besser aufeinander abgestimmt werden? Welche berufsqualifizierenden Maßnahmen sind notwendig angesichts des hohen Anteils arbeitsloser Jugendlicher ohne Bildungs- bzw. Ausbildungsabschluß?
- Welche Konsequenzen sind aus der drohenden Akademikerarbeitslosigkeit zu ziehen? Sind höherqualifizierende Ausbildungsgänge ein Wert an sich, auch wenn z. B. akademisch ausgebildete junge Menschen keinen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden? Ist die Förderung akademischer Ausbildung dann noch zu vertreten, wenn abzusehen ist, daß es für junge Akademiker keine Beschäftigungsmöglichkeiten geben wird?
- Welche Möglichkeiten ergeben sich bei der Berufsberatung, der Ausbildungs- und Arbeitsplatzvermittlung? Wie können die Instrumente der Arbeitsförderungs politik besser eingesetzt werden? Welche Angebote können öffentlicher Dienst und Bundeswehr machen?
- Kann die vorhandene Arbeit so verteilt werden, daß dadurch mehr junge Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben? Wie können Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung so verwirklicht werden, daß sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen ergeben? Kann der Mangel an Arbeit behoben werden, indem die Kosten der Arbeit verringert werden?
- Brauchen wir ein neues Verständnis von Arbeit, so daß nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch andere Tätigkeiten, z. B. in der Familie und in sozialen Diensten, als Arbeit anerkannt werden? Wie kann erreicht werden, daß die Aufgaben der Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes, der Rohstoff- und Energieversorgung und der sozialen Dienste für die Beschäftigung junger Menschen genutzt werden können?
- Welche Chancen und Risiken sind von der Einführung neuer Technologien im Hinblick auf die Ausbildung und die Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen zu erwarten? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bildungspolitik?
- Welchen Beitrag kann die Europäische Gemeinschaft zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten?